

Plenarprotokoll 19/35	Turnus 16.20 Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 1/6
	- pe/vl -

Julia Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! – Sehr geehrter Herr Gräff! Die Rede war ja jetzt noch kürzer als der Antrag. Ich bin beeindruckt.

Es geht ja um Notwasserbrunnen, die man auch Schwengelpumpen nennt. Die gehören zum historischen Stadtbild Berlins und werden ganz häufig zum Gießen von Straßenbäumen genutzt. Sie haben aber auch eine sehr wichtige Funktion: im Notfall – zum Beispiel bei Stromausfall – versorgen sie die Bevölkerung mit Wasser.

Deswegen freue ich mich, dass Sie die Straßenbrunnen für sich als Schwarz-Rot entdeckt haben. Allerdings habe ich mich beim Lesen Ihres Antrags ein bisschen gewundert. Ich habe mich gefragt, ob Sie sich überhaupt schon mal vorher mit dem Thema beschäftigt hatten. Warum stimmen Sie sich denn nicht mit der von Ihnen geführten Senatsverwaltung ab?

Was Sie fordern, ist doch längst politischer Konsens. Der Antrag ist also nicht nur kurz, sondern auch inhaltlich, na ja, Murks. Da steht nichts Neues drin. Wenn das einer der 50 angekündigten Anträge ist, für die Sie im Sommer durcharbeiten wollten, dann hätten Sie die Zeit besser anders nutzen können.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)
und Carsten Schatz (LINKE)]

Zum Beispiel, indem Sie die Berichte Ihrer Senatsverwaltung lesen. Die hat zuletzt im August 2023 über den Zustand der Straßenbrunnen berichtet; unter anderem, dass die Zuständigkeit bis zum Jahresende 2023 den Berliner Wasserbetrieben übertragen wird. Das geht übrigens auf einen Beschluss des Abgeordnetenhauses aus dem Jahr 2021 zurück. Was Sie fordern, ist also Schnee von gestern. Dafür hätten Sie auch keinen Antrag schreiben müssen. Wenn Sie das Thema ernst nehmen würden, hätten Sie sicher auch schon das Konzept der Berliner Wasserbetriebe von 2021 gesehen, das unter anderem einen Sanierungsplan mit Kostenschätzung und einen Stufenplan enthält. Ich schicke es Ihnen auch gerne noch mal zu.

Wenn wir uns hier aber schon die Zeit nehmen, dann gibt es ja einiges, was Sie fortsetzen könnten. Insgesamt gibt es in unserer Stadt 2 079 Notwasserpumpen. Ein Großteil sind Landesbrunnen, die dem Land Berlin im Katastrophenfall zur Versorgung der Zivilbevölkerung dienen. Der Rest sind Bundesbrunnen für den Verteidigungsfall. Da geht es auch um den lebensnotwendigen Bedarf an Trinkwasser.

Plenarprotokoll 19/35 Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus 16.20 Uhr
	Seite 2/6
	- pe/vl -

Was Sie in Ihrem Antrag nicht schreiben: 2 079 Pumpen

[Antje Kapek (GRÜNE): Schwengelpumpen!]

sind für ganz Berlin leider zu wenige. Das bedeutet, eine Pumpe müsste im Ernstfall 1 800 Menschen versorgen. Stellen Sie sich mal vor, wie im Krisenfall 1 800 Menschen an einer Pumpe anstehen, um Wasser zu holen.

Dazukommt: Ungefähr ein Drittel der Pumpen ist kaputt. Ich habe mal nachgezählt, wie viele Brunnen das in meinem Wahlkreis Prenzlauer Berg Nord, Weißensee Süd sind. Das sind elf. Sechs davon sind defekt. Eine ist verriegelt. Wir brauchen also eindeutig mehr Pumpen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Jetzt kommt sicher das Versprechen von Schwarz-Rot: Das wird schon werden.

[Antje Kapek (GRÜNE): Zuständig ist übrigens Frau Schreiner!]

Um die Brunnen bis 2031 instand zu halten, zu reparieren, und neue zu bohren, müsste das Land aber richtig Geld in die Hand nehmen. Die Wasserbetriebe sprechen in ihrem Konzept sogar von 8 Millionen Euro jährlich. Leider wundert niemanden, was ich feststellen musste: Sie brauchen zwar alle Rücklagen in Ihrem Haushaltsentwurf auf, aber nicht dafür. Vielleicht wollen Sie das ja in Ihr Allheilmittel, das Klimasondervermögen, bringen. Wie das gehen soll, da bin ich mal gespannt!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Die Diagnose ist also einfach. Es gibt im Ernstfall zu wenige Straßenbrunnen für die Versorgung der Bevölkerung. Die, die es gibt, sind häufig defekt. Bau- und Instandhaltung sollten die Wasserbetriebe übernehmen. Das haben wir hier bereits 2021 so empfohlen, und das hat sich nicht geändert.

Ein Konzept der Wasserbetriebe liegt vor. Jetzt muss nur noch die Senatsverwaltung mit den Wasserbetrieben zusammenkommen und vereinbaren, wie das technisch umgesetzt werden kann. Dazu müssen im Haushaltsplan deutliche Anpassungen vorgenommen werden. Ehrlich gesagt, werte Kolleginnen und Kollegen der Koalition: Da sehe ich Sie in der Pflicht! Wir brauchen da keinen Antrag von Ihnen, sondern für den Haushalt ein klares Bekenntnis in Zahlen. Sie stehen in die Pflicht zu liefern!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Anne Helm (LINKE)
und Carsten Schatz (LINKE)]

Präsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Stroedter das Wort.